

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 177 (2011)

Heft: 5

Artikel: Die Hoheit über Daten ist entscheidender als über Territorien

Autor: Hummler, Konrad

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154256>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Hoheit über Daten ist entscheidender als über Territorien

Die Rasanz der Umstürze in Nordafrika zeigt überdeutlich, welche Macht die vernetzte Facebook-Generation über territorial ausgerichtete Diktatoren erlangen kann. Wikileaks entlarvte zuvor bereits die Verwundbarkeit von Demokratien westlichen Zuschnitts. Wir müssen uns auf unkontrollierbare Parallelwelten einstellen, bei denen die Hoheit über Daten entscheidender ist als über Territorien.

Konrad Hummler

Unsere westlichen Gesellschaften und Strukturen müssen sich auf den Umgang mit Facebook, Twitter und WikiLeaks einstellen. Waren es in den 1990er-Jahren die Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die faktische Rechtsetzung- und Durchsetzungskraft erlangten, sind es neuerdings «Nicht-Organisationen», die reale Macht entfalten. Durch die grenzen- und nahezu kostenlosen Verbreitungsmöglichkeiten des Internet mit seinen Foren, Blogs und Netzwerken ist der lokale Stammtisch sozusagen explodiert: Alle Äußerungen finden unverzögert Verbreitung, ebenso Informatio-

«Äußerungen verbreiten sich ohne Verzögerung durch das Internet, ob wahr oder gefälscht, dumm oder qualifiziert.»

nen, seien sie nun wahr oder gefälscht, dumm oder qualifiziert. Das Gedächtnis ist zudem unbegrenzt und unauslöschlich. Das Mobilisierungspotential durch diese neuen Möglichkeiten wird uns derzeit in Nordafrika eindrücklich vor Augen geführt.

Wikileaks als Quantensprung

Der eigentliche Quantensprung in dieser Entwicklung ereignete sich mit den medial ausgeschlachteten Enthüllungen durch WikiLeaks. In ihrer Wirkung sind sie ohne weiteres mit dem Fall der Berli-

«Wikileaks ist in seiner Wirkung mit dem Fall der Berliner Mauer oder den Attentaten vom 11. Septembers 2001 vergleichbar.»

ner Mauer oder der Attentate des 11. Septembers 2001 vergleichbar: Der Verlust der Hoheit über die Daten erschüttert die Grundfeste der Staaten. Auch wenn Datenübermittlungen noch hundert Mal besser verschlüsselt und der Kreis der Eingeweihten noch enger gezogen würde, bleibt nun der diffuse Anspruch durch eine unbestimmte Öffentlichkeit bestehen und dadurch der Verursacher oder Besitzer vertraulicher Inhalte erpressbar. Jede Organisation hat ihren Bradley Manning, der wohl von seinen Kameraden gemobbt wurde und daraufhin 251287 interne Berichte und Lagebeurteilungen der amerikanischen Armee an WikiLeaks verriet.

Abgenützte Staaten

Der Verlust über die Hoheit der Daten ist in der Tat ein empfindlicher Schlag für die westliche Welt. Sie trifft aber keineswegs einen wachen Soldaten in voller Wehrkraft, der den neuen Herausforderungen agil entgegentreten könnte, sondern ein aufgedunsenes, träges Grossmaul. Viele Staaten mischen sich in Angelegenheiten des Privatsektors ein und vermögen gleichzeitig ihre grundlegenden Aufgaben nicht mehr zu erfüllen. Sie versagen bei der Infrastruktur, der öffentlichen Sicherheit, dem Gesundheitswe-

sen und der Bildung. Oder wie anders ist es zu bezeichnen, wenn Großbritannien zweitweise Patienten ins Ausland ausfliegen muss, weil der National Health Service kollabiert? Weit schlimmer ist jedoch, dass die Staaten sich in dieser Malaise gleich auch noch ihrer zukünftigen Handlungsfähigkeit berauben. Es ist, als ob sie sich in vollem Bewusstsein ein gesundes Bein abhacken würden. Sie tun dies, indem sie unhaltbare Versprechen abgeben, insbesondere bei den Sozialversicherungen, und so eine implizite Staatsverschuldung generieren, die weit über der ausgewiesenen von 43 Prozent des Bruttoinlandprodukts liegt (siehe Infobox). Dadurch verlieren die Staaten empfindlich an Glaubwürdigkeit.

Ein überzeichnetes Bild? Im vergangenen Jahr schien ein Staatsbankrott zum ersten Mal in der Geschichte der Kapitalmärkte überhaupt wahrscheinlicher als

«Als ob sie sich bei vollem Bewusstsein ein gesundes Bein abhauen würden: Durch die Verschuldung berauben sich die Staaten ihrer zukünftigen Handlungsfähigkeit.»

die Zahlungsunfähigkeit von privaten Unternehmen. Beachtenswert ist, dass diese Erwartungen nicht nur marode Staaten wie Griechenland betrafen, sondern mit dem Euroraum eine ganze Staatengrup-

pe. An einen tragfähigen Rettungsschirm möchte am Markt niemand glauben, umso realer schienen hohe Kosten auch bei einem Miss- oder Teilerfolg. Nebenbei bemerkt ist es erfrischend, wie ungeschminkt die Kapitalmärkte ihre Lagebeurteilung im Gegensatz zur politischen Maskerade zum Ausdruck bringen. Kein

«Letztes Jahr schien ein Staatsbankrott wahrscheinlicher als die Zahlungsunfähigkeit privater Unternehmen – zum ersten Mal in der Geschichte der Kapitalmärkte überhaupt.»

Wunder, dass manche diese unverfälschte Stimme durch Regulationen verschiedener Art verstummen lassen möchten.

Geldwertstabilität am Ende

Die Staaten sind nicht allein mit ihren Auflösungerscheinungen. An der Seite unseres Grossmauls schwanken die Nationalbanken. Ihre Unabhängigkeit und die daraus resultierende Geldwertstabilität galten lange Zeit als Bollwerk, ja als zentrale Errungenschaft des Abendlandes. Doch auch sie haben ihre Glaubwürdigkeit zuschanden kommen lassen. In der Finanzkrise haben sie nicht nur, getreu ihrer klassischen Funktion, für genügend Liquidität im Bankensystem gesorgt, sondern haben sich zur Verhinderung der Insolvenz überschuldeter Banken und Staaten hinreissen lassen. Denn erstens birgt die Finanzierung inländischer Schuldner durch die eigene Notenbank ein tautologisches Element. Zweitens haben sich die Notenbanken mit

«Es ist schwer vorstellbar, dass die Notenbanken nach ihren Interventionen in der Finanzkrise noch unabhängig entscheiden können.»

Die Last der impliziten Staatsverschuldung

Unerfüllbare Versprechen, insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen, fügen der Schweiz stark unterschätzten Schaden zu: In der zweiten Säule, dem privaten Pensionskassensystem, bewirkt ein politisch festgelegter, überhöhter Rentenumwandlungssatz, dass die Jungen zu wenig sparen können. Entsprechend geringer wird später das verfügbare Guthaben für Konsum und Investition – oder die Äufnung der Erbmasse – ausfallen. Zum Schaden der ganzen Volkswirtschaft schränkt dieser Mechanismus den Handlungsspielraum der jungen Generationen unnötig ein. Wer den Zinseszinseffekt kennt, kann ermessen, welche Summe

dereinst fehlen wird. Auch die erste Säule, die AHV, wackelt entgegen der weit verbreiten Meinung: Wenn man die heutige Rentnergeneration zum jetzigen Zeitpunkt auszahlen und der einzahlenden Generation die bisher geleisteten Beiträge zurückstatten würde, würde eine Lücke von etwa 1000 Milliarden Schweizerfranken resultieren. Das entspricht ca. 200 Prozent des schweizerischen Bruttoinlandprodukts. Eklatant ist, dass nicht nur die verantwortlichen Politiker, sondern auch die Mehrheit der Bürger – ob absichtlich oder ignorant sei dahingestellt – über dieses Problem hinwegblicken.

«Für die Staaten kann die Reduktion auf ihre wesentlichen Aufgaben überlebenswichtig werden.»

ihrer aggressiven Bilanzausweitung Gelegenheitsrisiken eingehandelt. Was geschieht bei einem grösseren Schuldnerausfall? Monetisierung des entstandenen Lochs über die Notenpresse oder Rekapitalisierung der Notenbank? Wenn Letzteres: durch wen? Den überschuldeten Staat? Drittens: Da mit der Bilanzverlängerung in erster Linie das Zinsniveau am langen Ende der Zinskurve anvisiert war, dürften in den Notenbankbilanzen Schuldversprechungen mit langer Laufzeit vor-

«Geldwertstabilität ist genauso wie die Unerschütterlichkeit der Staaten zum blossen Schein verkommen.»

herrschen. Entsprechend unterliegen die Positionen einem Zinsrisiko. Soll man nun wirklich noch mit einer unabhängigen Geldpolitik rechnen, wenn allfällige Zinserhöhungen die eigene Insolvenz herbeiführen könnten? Geldwertstabilität ist damit genauso wie die Unerschütterlichkeit der Staaten zum blossen Schein verkommen.

Reduktion auf das Wesentliche

Was bleibt? Die territorialen Staaten verlieren an Einfluss, während die Macht virtueller Organisationen real wird. Es sind Parallelwelten entstanden, welche die Welt, die Weltwirtschaft und alle mit

ihr verbundenen Systeme betreffen. Einer Kontrollierbarkeit entziehen sie sich je länger je mehr. Gefährlicher als die unkontrollierbaren Parallelwelten selbst wäre jedoch, sich genau dieser Illusion der Kontrollierbarkeit hinzugeben. Vielmehr müssen wir unser Verhalten an die erneut veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Der geschwächte Staat hat sich auf seine Kernaufgaben zurückzuziehen, der Bürger seine Eigenverantwortung stärker wahrzunehmen. Dieser Einsatz für das ordnungspolitische «Reinheitsgebot» wird angesichts des Mobilisierungspotentials, welches die internetgetriebenen Nicht-Organisationen gegenüber fallierenden Institutionen erzeugen können, sogar überlebenswichtig. Wird sich beispielsweise die einzahlende Generation der hohen Sozialversprechen vollumfänglich bewusst, dann könnte sich eine Facebook-Jugend in ähnlicher Rasanz gegen eine versagende Obrigkeit wenden, die nicht im Maghreb zuhause ist. ■



Oberst i Gst
Konrad Hummeler
Dr. iur., geschäftsführender
Teilhaber, Wegelin & Co.
Privatbankiers
St. Gallen